

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpt., bei Lieferung frei Haus 50 Rpt. Postbezug monatlich 2,30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlässige bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlaß hinsichtlich Anzeigen und an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und G. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Dertliches u. Sächsisches, Unterhaltungs-Teil, Sport u. Anzeigentell Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politisch und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Hitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 15

Sonnabend, den 18. Januar 1936

88. Jahrgang

Eden verteidigt seine Politik

Vorsichtige Außenpolitik Englands

Seine erste Rede als Außenminister, die allgemein mit Spannung erwartet wurde, hielt Eden vor seiner Wählerschaft in Leamington. Die Rede enthielt keinerlei aufsehenerregende neue Mitteilungen zur Lage, ist aber bezeichnend für die gegenwärtige vorsichtige Außenpolitik der englischen Regierung.

Eden erklärte, es sei ein Fehler, sich einzubilden, daß die Regierung über das Volk Englands gegen oder für ein Land eingenommen sei: Die englische Politik richte sich nicht gegen eine Einzelnation sondern nur gegen Verletzungen der Völkerbundscharta. England werde immer auf der Seite des Kollektivsystems gegen jede Regierung oder jedes Volk stehen, das durch eine Rückkehr zur Gewaltpolitik den Frieden breche, den England durch dieses System zu schaffen suche. Das britische Volk wünsche nichts so sehr wie den Frieden. England wünsche mit allen Völkerbundsmitgliedern aus vollem Herzen zusammenzuarbeiten. Außerdem heiße England, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, ein gutes Verstehen mit den Völkern willkommen, die gegenwärtig nicht Mitglieder des Völkerbundes seien. Er wiederhole, daß das britische Volk seine auswärtige Politik auf der Mitgliedschaft beim Völkerbund zu begründen wünsche. Es sei nicht der Fall, daß England gegenwärtig die großen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen gering zu schätzen wünsche. Aber es glaube, daß diese Meinungsverschiedenheiten bereinigt werden könnten, ohne daß es zum Krieg komme.

Eden verteidigt seine Politik

Zusätzliche Rüstungsausgaben in Höhe von vielen Millionen Pfund.

Der britische Verteidigungsausschuß, der in dieser Woche bereits viermal getagt hat, hat nach den Auslassungen der Londoner Presse auch Vorschläge für die Ausfüllung der

noch bestehenden Lücken im englischen Rüstungsprogramm beraten. Nach den Mitteilungen der Presse sind die Vorarbeiten für dieses Aufrüstungsprogramm, das zusätzliche Ausgaben in Höhe von vielen Millionen Pfund erfordern wird, bereits so weit gediehen, daß nähere Mitteilungen im Rahmen der Unterhausdebatte nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments am 4. Februar erwartet werden. Wie die Londoner Zeitungen annehmen, wird die englische Regierung ähnlich wie im März 1935 die neuen Aufrüstungsvorschläge durch ein Weißbuch begründen. In diesem Weißbuch wird der „Morning Post“ zufolge auf die Entwicklungen im Mittelmeer, im Fernen Osten und auf dem europäischen Festlande hingewiesen werden, die eine beträchtliche Verstärkung des englischen Verteidigungssystems erforderlich machen.

Das neue britische Aufrüstungsprogramm soll folgende Punkte umfassen:

1. weitgehende Modernisierung und Mechanisierung nebst einer zahlenmäßigen Erhöhung der Berufsrußingen;
2. eine weitere große Erhöhung der Luftstreitkräfte;
3. ein großes Fünfjahres-Erfahrungsprogramm für die englische Flotte, das u. a. den Neubau von mindestens 70 Kreuzern vorsehen wird.
4. Eine „Gleichschaltung“ und engere Zusammenarbeit zwischen den gesamten Streitkräften des britischen Weltreiches unter der Leitung des Reichsverteidigungsausschusses.
5. Modernisierung und voller Ausbau strategischer Stützpunkte wie Malta und Singapur.

Wie der „Daily Telegraph“ meldet, wird die britische Flotte durch das neue Programm in den Stand gesetzt werden, in allen Schiffsklassen auf die volle Vertragsstärke aufzurüsten. In der Kreuzerklasse wird England sogar über die Grenzen des Ende dieses Jahres ablaufenden Londoner Vertrages, der 50 Kreuzer für England vorsah, hinausgehen.

zufangen. Bisher war die Rede von einem Einzeltücktritt Herriots, der keine Änderung im Bestand der Regierung zur Folge zu haben braucht. Wenn aber mehrere radikalsozialistische Minister dem Druck der Mehrheit der radikalsozialistischen Gruppe folgen sollten, wäre eine Regierungskrise kaum zu vermeiden.

Herriot bei Laval

Wie am Freitagabend aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, soll Herriot Ministerpräsident Laval seinen Rücktrittsentwurf mitgeteilt haben. Die beiden Minister seien jedoch übereingekommen, den Rücktritt zu verschieben, bis Laval aus Genf zurück ist, um einerseits die Genfer Beratungen nicht zu hindern und andererseits eine Kabinettkrise zu vermeiden.

Berschwörung gegen Stalin?

Gerüchte um ein Flugzeugunglück.

Charbin, 18. Januar.

Am 29. November vorigen Jahres stürzte über dem Moskauer Flugplatz ein gerade in den Dienst gestelltes sowjetrussisches Spezialflugzeug ab, wobei die amtliche Abnahmekommission und die gesamte Besatzung den Tod fanden. Zu diesem schweren Unfall will die „Charbinsteje Wremja“ aus sowjetrussischen Kreisen erfahren haben, daß es sich in Wahrheit um einen gegen Stalin geplanten Anschlag gehandelt habe, der durch ein technisches Versehen 48 Stunden zu früh ins Werk gesetzt worden sei.

Das Blatt weiß zu melden, daß das abgestürzte Flugzeug für Stalin persönlich und die höchsten Spitzen der Sowjetunion hätte in den Dienst gestellt werden sollen. Einzelheiten über die Ursache des Unglücks seien nicht bekannt geworden, doch dürfte es sich um einen besonders gefährlichen Explosivstoff gehandelt haben. Im Verlauf der von der G.P.U. durchgeführten Untersuchung seien Massenverhaftungen und angeblich auch bereits zahlreiche Erschießungen vorgenommen worden.

Schuschniggs Besuch in Prag

Freundschaftspakt Prag—Wien

Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg stattete in Prag dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodza einen einstündigen Besuch ab. Ein Besuch bei Kardinal-Erzbischof Kaspar schloß sich an. Hierauf folgte der österreichische Bundeskanzler einer Einladung des Staatspräsidenten Dr. Beneš zu einem Essen auf der Burg. Im Anschluß daran erwiderte Ministerpräsident Hodza den Besuch des Bundeskanzlers Schuschnigg auf der österreichischen Botschaft.

Die „Wiener Zeitung“ schreibt zu dem Besuch Schuschniggs in Prag, bei dieser Gelegenheit habe sich ein „starker geistiger Kontakt“ ergeben. Die englische Nachrichtenagentur Reuter meint, die Auslassungen der amtlichen Presse Oesterreichs und der Tschechoslowakei lassen keinen Zweifel darüber, daß dem Besuch Schuschniggs in Prag größte Bedeutung beigemessen werden müsse. Man erkläre, daß der Besuch der Beginn einer völlig neuen politischen Einstellung sein könnte, wonach sich Oesterreich der Kleinen Entente und den Westmächten England und Frankreich nähern und seine bisherigen engen Beziehungen zu Italien und Ungarn aufgeben werde.

Schuschniggs Verhandlungen abgeschlossen

Die politischen Verhandlungen, die zwischen dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Außenminister Dr. Hodza und dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg geführt wurden, sind am Freitagabend abgeschlossen worden. Die Übereinstimmung in allen Fragen, insbesondere auf die Politik im Donauraum, wurde festgestellt und bekräftigt. Die Erneuerung und Erweiterung des sogenannten Schiedsgerichtsvertrages von Brünn, der im Mai 1936 nach zehnjähriger Dauer abläuft, wurde beschlossen, seine Ergänzung zu einem Freundschaftspakt vereinbart.

In wirtschaftlichen Fragen wurden zunächst Vereinbarungen nicht getroffen, sondern die Durchführung der aus der grundsätzlichen Übereinstimmung sich ergebenden Maßnahmen den beiderseitigen Fachmännern überlassen. Ein Gegenbesuch tschechoslowakischer Staatsmänner in Wien wird stattfinden, doch wurde eine Frist dafür noch nicht festgelegt.

Neue Kampfanzeige gegen Laval

Paris, 17. Januar. Die radikalsozialistische Kammergruppe hat am Freitagnachmittag eine Sitzung abgehalten, in der — bei einer Gruppenstärke von etwa 160 Abgeordneten — 62 Abgeordnete anwesend waren. Es wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

Die Mehrheit der radikalsozialistischen Kammergruppe hat beschlossen, Herriot und den radikalsozialistischen Ministern folgende Entschlieung zu unterbreiten: „Die radikalsozialistischen Abgeordneten, die der Mehrheit der Gruppe angehören, die unter keinen Umständen der Regierung Laval ihr Vertrauen einräumen kann, versichern Herriot ihrer ausdrücklichen Sympathie.“

Sie sind aber einstimmig der Auffassung, daß die Anwesenheit der radikalsozialistischen Minister in dieser Regierung nicht mit den radikalsozialistischen Grundsätzen in Übereinstimmung steht sowohl im Bezug auf die innere wie auf die auswärtige Politik.“

Die Kammergruppe hat eine Abordnung von fünf Mitgliedern zu Herriot entsandt, um diesem den Wortlaut der Entschlieung zu unterbreiten.

Nach den Erfahrungen der letzten Zeit braucht diese Entschlieung den Bestand der Regierung Laval nicht unbedingt zu gefährden. Denn erstens kommt es darauf an, was Herriot und seine radikalsozialistischen Ministerkollegen antworten werden, und zweitens, ob die regierungsfreundliche Mehrheit der Radikalsozialisten stark genug ist, um diesen außerparlamentarischen Vorstoß gegen das Kabinett auf-

